

Conception : BANQUE ELVi

emlyon BS – ESCP BS – ESSEC – HEC Paris

LANGUE VIVANTE A

FILIÈRE ÉCONOMIQUE et COMMERCIALE et FILIÈRE LITTÉRAIRE

Vendredi 26 avril 2024, de 14 h. à 18 h.

ALLEMAND – ANGLAIS - ESPAGNOL

Durée : 4 heures

N.B. :

Les candidats ne sont pas autorisés à modifier le choix effectué lors de l'inscription de la langue vivante A et de la langue vivante B dans laquelle ils doivent composer.

Aucun document n'est autorisé ; l'utilisation de toute calculatrice ou de tout matériel électronique est interdite.

Si au cours de l'épreuve, un candidat repère ce qui lui semble être une erreur d'énoncé, il la signalera sur sa copie et poursuivra sa composition en expliquant les raisons des initiatives qu'il sera amené à prendre.

LVA - ALLEMAND

Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

Document 1 - *Ist Deutschland noch zu retten?* Süddeutsche Zeitung, 27. Oktober 2023

Document 2 - *Standort Deutschland: „Wir schwächeln nicht einfach so vor uns hin“*, WirtschaftsWoche Online, 15. Juli 2023.

Document 3 - *Allemagne : le rôle de l'État au cœur de la querelle sur le nouveau modèle économique*, Cécile Boutelet, Le Monde, 29.8.2023

Document 4 – *Abbildung 1*, The Economist, Aug 2023

Document 5 – *Abbildung 2*, Infografik, statista.de

I - COMPRÉHENSION : RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondre dans la langue cible à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents 1 et 2 du dossier, sans commentaire personnel ni paraphrase.

- 1. Standort Deutschland - rattenscharf oder Katastrophe? In den deutschen Artikeln werden für beide Seiten Argumente genannt - welche? Nennen Sie pro Seite mindestens drei und gehen Sie kurz darauf ein, was damit gemeint ist.**

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondre dans la langue cible à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant son opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde germanique.

- 2. "Da war in einer Notsituation Organisationsfähigkeit gefragt, eine typische deutsche Tugend", sagt Schmidt. Jetzt aber ginge es darum, langfristig eine klare Strategie fürs Land umzusetzen. Schmidt ist überzeugt: "Da versagen wir auf ganzer Linie."**

Welche Strategie sollten Wirtschaft und Politik Ihrer Meinung nach entwickeln, damit Deutschland wieder ein Topniveau erreicht? Argumentieren Sie mit einigen konkreten Beispielen.

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ALLEMAND (THÈME)

Traduire vers l'allemand uniquement la partie du texte indiquée en français entre crochets de [Atouts culturels ... à ... transition]

Document 1 :

Ist Deutschland noch zu retten?

Süddeutsche Zeitung, 27. Oktober 2023

Von Caspar Busse, Thomas Fromm, Claus Hulverscheidt, Lisa Nienhaus und Stephan Radomsky

Standort Deutschland. Rattenscharf¹ oder Katastrophe? Deindustrialisieren wir oder läuft es eigentlich ganz okay? Das ist hier die Frage.

(...) An der Einschätzung zu dieser Frage hat sich zuletzt einiges getan. Zumindest was die öffentlichen Äußerungen von Wirtschaftsführern angeht. Seit Deutschland im Jahr 2023 auf eine Rezession zusteuert und die Energieprobleme mit dem Abkoppeln² von Russlands Gas offensichtlich sind, haben sich in der Wirtschaft ein paar Schleusen geöffnet³, die zuvor fest verschlossen waren. Seither wächst der Unmut⁴. Während im Frühjahr noch viele Unternehmer und Manager froh waren, dass Deutschland halbwegs über den Winter der Energiekrise hinweggekommen ist, klagen sie nun gern. (...) Hans Helmuth Schmidt, ein Chemieunternehmer dazu (...): "Ein Wirtschaftsministerium, das ahnungslos vor sich hinstolpert⁵. Ein Kanzler, der auch nicht die Dinge tut, die notwendig sind. Es herrscht kompletter Stillstand." Das ist seine Sicht der Dinge. (...) "Die Stimmung in der Breite der Wirtschaft ist gekippt", warnte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger in Berlin. Die Bundesregierung liefere nicht, die Attraktivität des Standortes Deutschland habe "massiv gelitten". (...)

So richtig zu funktionieren scheint es jedenfalls noch nicht, was die Regierung gerade versucht. Firmen und Regierung, sie kommen nicht recht ins Gespräch. Aus Sicht führender Ökonomen gibt es einen entscheidenden Faktor für die schlechte Stimmung: die fehlende Strategie, insbesondere was die Energie angeht. Nachdem die Regierung die Gaskrise des Winters 2022/23 gut gemeistert habe, fehle es der Ampel nun an einem Zukunftskonzept, "das nach Auffassung aller Beteiligten funktionieren kann", sagt Clemens Fuest, Präsident des Münchener Ifo-Instituts. Ein Eindruck, den auch Sebastian Dullien, Wissenschaftlicher Direktor des Düsseldorfer Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), teilt. Auf die hohen und stark schwankenden Strompreise habe die Koalition bisher keine Antwort gefunden, klagt der Ökonom. In der Wirtschaft habe sich deshalb "der Eindruck breitgemacht, dass für den weiteren Weg nach vorne schlicht ein überzeugender Plan fehlt".

¹ super toll

² Unabhängigkeit vom russischen Gas

³ Unzufriedenheit wird ausgedrückt

⁴ Unzufriedenheit, die Stimmung ist gekippt

⁵ ohne Orientierung

Hans Helmuth Schmidt, der Chemieunternehmer (...), sagt genau das Gleiche: Als Deutschland in der Energiekrise steckte, hätten Habeck und Scholz das gut gemacht. "Da war in einer Notsituation Organisationsfähigkeit gefragt, eine typische deutsche Tugend⁶", sagt Schmidt. Jetzt aber ginge es darum, langfristig eine klare Strategie fürs Land umzusetzen. Schmidt ist überzeugt: "Da versagen⁷ wir auf ganzer Linie."

Dazu kommt die Sache mit dem Tempo. Siemens-Finanzchef Ralf Thomas hätte es zum Beispiel gern etwas beschleunigter⁸. "Deutschland hat ein sehr großes Potenzial, das es aber leider im Moment nicht vollständig abrufen", sagt er. Deutschland habe doch "eine recht große soziale Sicherheit" und ein "starkes" Ausbildungssystem. Nur: "Leider verzetteln⁹ wir uns zu oft im Detail." Schnelligkeit fordert auch Sabine Herold, Geschäftsführerin bei Delo, einem bayerischen Hersteller von Industrieklebstoffen aus Windach am Ammersee. Eine Frau, die sagt, sie sei "immer von ganzem Herzen Fan vom Standort Deutschland" gewesen. Jetzt will sie erstmals eine zusätzliche Produktion in Asien hochziehen. "In Malaysia wird einem als Unternehmen der rote Teppich ausgerollt", sagt Herold. "In Deutschland dauert es acht Jahre für drei Kilometer Radweg vom Firmengelände in Richtung S-Bahn. Acht Jahre!"

Zum gemächlichen¹⁰ Tempo trägt immer wieder die Regierung selbst bei. Wenn irgendwo etwas entschieden werden muss, dann wird erst einmal lange gestritten. So wie beim Zoff¹¹ zwischen SPD, Grünen und FDP um den Haushalt, beim Heizungsgesetz oder einem staatlich subventionierten Industriestrompreis. Kommt bei den Firmen nicht gut an, das räumt man sogar in Regierungskreisen selbstkritisch ein. Außerdem stehen Politik und Wirtschaft unter extremem Druck, gleich mehrere große Probleme auf einmal lösen zu müssen: vom Umstieg auf eine klimaneutrale Produktion über die notwendige Diversifizierung der Lieferketten bis hin zu der Frage, wie mit den hohen Energiepreisen und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in China umzugehen ist. "Da ist man nicht immer einer Meinung, und es kommt zu Reibung¹²", heißt es in Berlin. Was vermutlich noch sehr vornehm ausgedrückt ist für das, was hinter den Kulissen passiert.

Ist der Standort Deutschland deshalb am Ende? Es gibt gute Gründe, das anders zu sehen. Einige Menschen aus der Wirtschaft wenden sich mittlerweile sogar ganz gezielt dagegen, dass mit der Regierungskritik gleich das ganze Land schlechtgeredet wird.

Einer davon ist Karl Haeusgen, 57, Mitinhaber der Hydraulik-Firma Hawe und seit 2020 Präsident des mächtigen Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Er

⁶ positive Charaktereigenschaft

⁷ schaffen wir gar nicht

⁸ schneller

⁹ zu stark ins Detail gehen

¹⁰ langsam

¹¹ Streit

¹² Schwierigkeiten

äußert zwar auch Kritik an der Regierung, insbesondere an Robert Habeck und den Grünen. Viele Regelungen seien ihm zu "kleinteilig"¹³, ihm fehle eine Reduzierung der Unternehmensbesteuerung¹⁴ und eine Flexibilisierung am Arbeitsmarkt. Doch einiges findet er auch gut. "Wenn ich auf die Halbzeit-Bilanz der Ampelregierung schaue, stelle ich fest: Da geht vieles in die richtige Richtung", sagt er. Es sei "wirklich viel" auf den Weg gebracht worden, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren¹⁵ etwa, eine leichtere Fachkräftezuwanderung oder das Deutschland-Ticket.

Der Maschinenbau-Chef ist verblüfft über die Schelte¹⁶ am Standort Deutschland (...): "Das Gerede von der angeblich bevorstehenden Deindustrialisierung Deutschlands halte ich für nicht begründet." Natürlich gebe es viele Probleme, doch vom Untergang sei man weit entfernt.

Vielleicht ist Haeusgen auch deshalb konzilianter, weil die deutschen Maschinenbauer nicht so sehr von hohen Energiepreisen belastet sind wie etwa die energieintensive Grundstoffindustrie, also Stahl-, Chemie- oder Glasproduzenten. Doch er ist nicht allein. Da ist auch Volkwin Marg, einer der bekanntesten und prägendsten Architekten Nachkriegsdeutschlands. Seit Jahrzehnten ist er auch selbst Unternehmer. Der Mann, der Flughäfen wie den in Berlin-Tegel, Messen wie in Leipzig oder Fußballstadien wie in Warschau, Kapstadt oder Köln entworfen hat, sagt: Deutschland sei "trotz aller Probleme vergleichsweise noch in der Balance, sowohl die Gesellschaft als auch die Umwelt. (...) Die Mängel, "die wir hier und heute sehen", sagt der 87-Jährige, müsse man erst mal international ins Verhältnis setzen.

¹³ zu detailliert

¹⁴ verschiedene Steuern, die ein Unternehmen bezahlen muss

¹⁵ procédure d'autorisation

¹⁶ Kritik

Document 2 :

Standort Deutschland: „Wir schwächeln¹⁷ nicht einfach so vor uns hin“

WirtschaftsWoche Online, 15. Juli 2023, Max Haerder

Die Wirtschaftswoche¹⁸ Ulrike Malmendier lehrt in Berkeley. Wie schaut sie auf den Standort Deutschland? Den Kanzler? (...) Das verrät sie im Interview.

(...) Wir müssen noch über Deutschland sprechen. Sind wir tatsächlich wieder der kranke Mann Europas?

Erinnern wir uns kurz an die Szenarien des vergangenen Jahres: Um den befürchteten tiefen Einbruch sind wir herumgekommen. Wir haben es außerdem geschafft, uns aus der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zu lösen. Das war eine Meisterleistung, die wir viel zu wenig würdigen. Wir schwächeln nicht einfach so vor uns hin.

Das Bild der desolaten Standortrankings trägt¹⁹?

Nun, wir schwächeln ja trotzdem aus Gründen. Aber wir haben Stärken: Eine immer noch gute Ausbildung, gerade in technischen Berufen. Eine tolle Vernetzung von Forschung und Industrie, dafür werden wir weltweit beneidet²⁰. Dazu Rechtssicherheit, eine stabile Gesellschaft, sozialen Zusammenhalt – jedenfalls im Vergleich zu vielen Ländern. Das müssen wir uns erhalten. Und das heißt auch, dass die Politik sich nicht in Feindbildern und Kulturkämpfen verfängt²¹.

Aber für das neue Wirtschaftswunder braucht es noch ein bisschen mehr. Oder?

Der Kanzler wird ja oft belächelt²² für seine Aussage. Und ja: Zweistellige Wachstumsraten sind etwas zu hoch gegriffen²³. Dennoch verteidige ich ihn an der Stelle: Wir haben beste Voraussetzungen für neues Wachstum, gerade deutsche Umwelttechnologien können einen Unterschied machen. Aber wir müssen mutiger werden, dynamischer, hier und da auch drastischer.

¹⁷ schwächeln: langsamer werden, mehr Probleme haben

¹⁸ Beraterin in Wirtschaftsfragen für die Regierung

¹⁹ gibt einen falschen Eindruck

²⁰ beneiden: envier

²¹ gefangen bleiben

²² ridiculisé

²³ zu ambitioniert

Hört Olaf Scholz eigentlich auf Ökonominnen wie Sie, wenn Sie diese Sicht der Dinge vortragen?

Haben Sie da etwa Zweifel?

Die einen sagen so, die anderen sagen so.

Ich spüre im Kanzleramt ein großes Interesse an ökonomischen Argumenten. Von den Staatssekretären bis zum Kanzler selbst. Das habe ich nicht erwartet. Im Übrigen gilt das auch für Wirtschafts- und Finanzministerium. Da stehen die Türen ebenfalls offen.

Wir haben hingegen den Eindruck, dass sich gerade diese beiden Häuser²⁴ selten einig sind.

Da helfen Fakten. Und eine Bereitschaft, sie zur Kenntnis zu nehmen. Das haben wir uns als Wirtschaftsweise vorgenommen. Wenn ich in unserem Kreis manchmal einen Vorschlag unterbreite, kommt schon mal als Antwort: Ulrike, du argumentierst im evidenzfreien Raum, da gibt es keine Daten. So zu arbeiten und so auch zu beraten – das ist unser Ziel.

Muss denn das Verhältnis von Markt und Staat gerade neu ausgehandelt werden?

Wenn Sie wissen wollen, ob wir die traditionelle deutsche Ordnungspolitik hinter uns lassen sollen, antworte ich: nicht, wenn sich zeigen lässt, dass sie die besseren Ergebnisse liefert. Ich wünsche mir, dass wir uns weiter trauen, das Allermeiste den Markt entscheiden zu lassen. Und gleichzeitig gilt: Je mehr wir mit Daten arbeiten, desto weniger Raum haben bloße Meinungen oder gar Dogmen. Das ist überhaupt mein Credo für unsere wirtschaftspolitische Beratung: weniger Dogma – egal, von welcher Seite.

²⁴ gemeint sind die beiden Ministerien

Document 3 :

Allemagne : le rôle de l'État au cœur de la querelle sur le nouveau modèle économique

Cécile Boutelet, Le Monde, 29.8.2023

La stagnation actuelle de l'économie allemande révèle une perte de compétitivité du « made in Germany » depuis quelques années. Alors que l'Allemagne doit penser un nouveau cycle économique, où l'industrie sera nécessairement moins carbonée, Berlin s'interroge sur la nature de la réponse à apporter à court terme. [...]

[Atouts culturels

Faut-il alors enterrer le « made in Germany » ? Ce serait oublier que l'économie allemande s'est relevée de plusieurs crises dans le passé, grâce à des forces traditionnelles. L'une d'elles est la stabilité de la classe moyenne, qui n'a pour l'instant pas perdu sa capacité à dégager des compromis. Cela s'explique notamment grâce à son étonnant réseau de *Vereine* (« associations »), qui maillent²⁵ la société à tous les niveaux. Cette pratique du dialogue social garantit toujours une grande capacité d'adaptation à la société civile et aux entreprises. Celle-ci s'est notamment manifestée au moment des grandes vagues d'arrivées de réfugiés en 2015 et 2022, même si la montée de l'extrême droite est une menace à prendre très au sérieux.

Le pays profite aussi d'autres atouts culturels. Ses compétences techniques et en ingénierie de pointe, entretenues dans les universités, les centres de recherche et les entreprises de taille moyenne sont toujours très respectées dans le monde. Les énormes investissements récents de Tesla, Intel ou Apple outre-Rhin témoignent de l'importance de ce bassin de compétences²⁶ lorsqu'il s'agit d'organiser une production ou de faire appel à des sous-traitants.

Reste à savoir à quoi pourra ressembler le « made in Germany » des années 2030 et comment gérer la transition.] (...)

Pour l'Allemagne, la transition d'une industrie lourde et énergivore à une industrie moins gourmande en ressources ne se fera pas sans efforts douloureux, en particulier pour les salariés des spécialités traditionnelles. La crise et les hésitations actuelles sont sans doute un mal nécessaire pour aborder un nouveau cycle, nécessairement plus européen. La France, désireuse de se réindustrialiser, a tout intérêt à être attentive aux changements en cours outre-Rhin.

²⁵ verflechten, hier: zusammenhalten

²⁶ hier im Sinne von: Standortfaktoren

Document 4 :



The Economist, Aug 2023 (Ist Deutschland mal wieder der kranke Mann Europas?)

Document 5 :

<https://de.statista.com/infografik/23188/iwf-prognose-zur-veraenderung-des-realen-bip/>



Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

- **Document 1** - *We should all support Biden's war on big Pharma, September 2023*
- **Document 2** - *Oxford university drops Sackler name from buildings after investigation, May 2023*
- **Document 3** - *Opioides, ou le rêve américain devenu cauchemar, January 2023*
- **Document 4 - Graphique** - *National Center for Health statistics, December 2021*
- **Document 5 - Image** - *Political editorial cartoon, October 2021*

I - COMPRÉHENSION : RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondre dans la langue cible à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents 1 et 2, sans commentaire personnel ni paraphrase.

According to the authors of documents 1 and 2, how have recent drug-related scandals affected public opinion and policies with regard to the pharmaceutical industry?

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondre dans la langue cible à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant son opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde anglophone.

In your opinion, have the opioid crisis and the power of pharmaceutical companies challenged the concept of the American Dream?

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ANGLAIS (THÈME)

Traduire uniquement la partie du document 3 indiquée entre crochets [.....]

Traduire du français en anglais de « *C'est une famille d'immigrés...* » à « *de pouvoir et d'appât du gain.* »

Document 1: "We should all support Biden's war on big Pharma", Nick Dearden, *Al Jazeera*, September 15, 2023

"This time, we beat Big Pharma", United States President Joe Biden tweeted, after finally giving his government the power to negotiate the price of 10 prescription drugs, including medicines used to treat diabetes, blood cancer and kidney disease.

Through these negotiations, it's expected that millions of Americans will save a small fortune, as the price of drugs provided through the government's national insurance programme tumble. The pharmaceutical giants are furious. For decades they have been able to charge Americans with public insurance whatever the market will bear for their products. Big Pharma, as these giants are known by their detractors, has now launched multiple legal actions to protect its monopoly power.

By European standards, Biden's actions are moderate. Most countries negotiate the price of drugs purchased by public health systems. While drug prices are still high across Europe, putting severe strain on overburdened health systems, they are a fraction of the price paid by Americans. What makes Biden's action so significant is precisely that, up to now, Big Pharma has always had the upper hand in the US, using its power to extract whatever profits it likes from the American public. Despite the unpopularity of the industry, only a few brave politicians would stand up to it.

What's changed? First, it's difficult to overstate the impact of the so-called "opioid crisis" on American society. Hundreds of thousands of Americans have died from opioid overdoses. The real scandal is that the major contributor to this epidemic was a drug company called Purdue Pharma, which spent years pushing an opioid called OxyContin on patients. The drug is so strong and addictive that it shouldn't be prescribed for any but the most serious, end-of-life, pain. But Purdue spent a fortune cajoling doctors into prescribing the drug for even moderate pain, pretending there was little chance of getting hooked. The levels of addiction and death that followed hollowed out whole towns, as can be seen in the recent dramatisation by Netflix, *Painkiller*.

So the opioid crisis has created mass hostility to the pharma industry. But there's something deeper going on too, a realisation that these corporations, which we assume are inventing the life-saving medicines of the future, are actually seriously failing in that task.

A big wake-up moment was the COVID-19 pandemic. In the run-up to the pandemic, Big Pharma had little interest in researching pathogens that might cause a major epidemic, or indeed in researching vaccines full stop. They simply didn't represent the sort of jackpot that, say, a new cancer drug could produce.

The research that had been done into coronaviruses was carried out with public money. Once the pandemic struck, that public funding was multiplied many times over: Big Pharma was handed billions of dollars to bring vaccines to us as fast as possible. But then, the intellectual property was privatised. Big Pharma owned vaccines created using public money, and got to decide who produced them, at what price, and who got to buy them. Corporate executives, employed to maximise their shareholder returns were in charge of who lived and who died.

The Biden administration was horrified when Moderna's vaccine – almost entirely paid for by the public purse – was making Moderna's CEO into a multibillionaire, while the US government seemingly had little power to get the vaccine know-how shared and produced more widely. Moderna seemed more interested in legal action to shore up its control of this technology – even going as far as refusing to recognise three government scientists as co-inventors on some of its patents.

Pfizer's vaccine did involve some private funds but was still made with vast sums of public money. Imagine the horror of the US administration when Pfizer tried to charge the government an eye-popping \$100 a dose – on a vaccine that seems to have cost somewhere between \$0.95 and \$4 to produce. One former official accused them of “war profiteering” while another complained, “It’s not even their vaccine.”

COVID-19 was not a one-off. Almost all medicines receive substantial public funding. Meanwhile, the folks we think create medicines – Big Pharma – actually invent very few new drugs. Rather, these corporations behave like hedge funds – buying up the monopoly rights to produce medicines which others have made. They then aggressively squeeze everything they can out of this intellectual property – even if it means the vast majority of humanity has no access to medicines.

(...)

Document 2: “Oxford university drops Sackler name from buildings after investigation”,
Antonia Cundy, *Financial Times*, May 16, 2023

Oxford university ended its relationship with the Sacklers on Monday after a Financial Times investigation into its continued ties with the wealthy family led academics and students to call for sweeping reforms.

The decision to cut social ties and remove the Sackler name from buildings, spaces and staff positions comes at the end of a review instigated by new vice-chancellor Irene Tracey, a professor of anaesthetic neuroscience.

Most other prominent arts and academic institutions severed relationships with the billionaire owners of Purdue Pharma between 2019 and 2022, after public outcry over their role in the deadly US opioids crisis, which is estimated to have claimed more than half a million lives.

For years, Purdue aggressively marketed OxyContin, its prescription painkiller, downplaying its addictive qualities while netting tens of billions of dollars in revenue.

Institutions such as the Louvre Museum in Paris and the National Portrait Gallery in London turned down donations or removed the Sackler name from buildings in 2019. London’s Victoria and Albert Museum, the British Museum, the National Gallery and the Tate gallery group did so in 2022.

Oxford came under pressure for bucking this trend when the FT revealed it had continued to court the Sacklers over the past two years, extending exclusive event invitations and accepting donations even as members of the family who own Purdue negotiated a multibillion-dollar bankruptcy settlement over their role in the epidemic.

When asked by the FT whether social ties had been included in the review’s outcomes, not detailed in Monday’s public announcement, the university confirmed that “the Sackler Family has agreed to forego its membership of the Chancellor’s Court of Benefactors and will therefore no longer be invited to events”.

The FT’s investigation exposed how in April last year, Theresa Sackler, third wife of the late Mortimer Sackler, the former chief executive and co-owner of Purdue, was an “external attendee” at a private viewing of the annual Oxford and Cambridge boat race. She was invited as a member of the Chancellor’s Court of Benefactors, a prestigious group with the highest level of access to the chancellor, vice-chancellor and other senior university figures.

Later that same year, Sackler was invited to the annual Ashmolean gala dinner in September. According to a lawsuit she is identified in, Sackler was a member of Purdue’s board from 1993 to 2018.

Oxford said the Sackler name would be removed from iconic buildings such as the Ashmolean Museum and Bodleian Libraries, as well as several research positions at the Ashmolean, which the FT's investigation revealed had received previously pledged funding as recently as June 2021.

"It's a very clear statement from the university and I think they've made the right decision," said Dorothy Bishop, emeritus professor of developmental neuropsychology and honorary fellow of St John's College.

The university said donations already received from the Sackler family and their trusts would be retained "for their intended educational purposes" but that no new donations had been received since 2019.

The university said the outcome had the "full support" of the Sackler family. It added that the Sackler name would be retained on the Clarendon Arch and the Ashmolean's donor board "for the purposes of historical recording of donations to the university". "The university has listened to necessary ethical concerns about the origins of the money — the death of half a million — and finally responded to criticism coming from its academic and local community," said Olivia Durand, director of Uncomfortable Oxford, which runs tours highlighting the city's legacies of imperialism, inequality and discrimination.

Document 3: « Opiïdes, ou le rêve américain devenu cauchemar », *Le Figaro*, 23 janvier 2023

[C'est une famille d'immigrés comme des milliers d'autres. Au début du XXe siècle, Sophie Greenberg est venue de Pologne chercher le rêve américain à New York. Elle y a trouvé Isaac Sackler, arrivé de Galicie. Tous deux auront trois enfants : Arthur, Mortimer et Raymond. Et malgré quelques revers de fortune, le couple aura une fierté : transmettre à leurs fils un nom sans tache. Un petit siècle et trois générations plus tard, ce nom est honni dans le pays et un membre du Congrès a dit n'être « pas sûr de connaître une famille en Amérique qui soit plus infâme »...

Entre les deux, l'érection d'un empire pharmaceutique et les milliards apportés par l'OxyContin, l'un des opioïdes qui a tué près de 500 000 Américains en vingt ans, selon les autorités sanitaires.

C'est l'histoire de cette famille que nous raconte le journaliste américain Patrick Radden Keefe, dans un ouvrage magistral et extrêmement documenté. On trouve beaucoup d'excellents ouvrages sur la crise des opioïdes, confesse l'auteur. Je souhaitais toutefois écrire une histoire d'un genre différent, une saga dépeignant trois générations d'une dynastie familiale et la façon dont cette dynastie avait changé le monde, une histoire qui parlerait d'ambition, de philanthropie, de crime et d'impunité, de corruption des institutions, **de pouvoir et d'appât du gain.** »]

Au centre de cette saga de la famille Sackler, un médicament : l'OxyContin. Né au milieu des années 1990, l'OxyContin sera d'emblée vu comme la poule aux oeufs d'or par les Sackler, discrets propriétaires du laboratoire Purdue Pharma. Psychiatre et génie du marketing, Arthur avait révolutionné la publicité pour le médicament. [...]

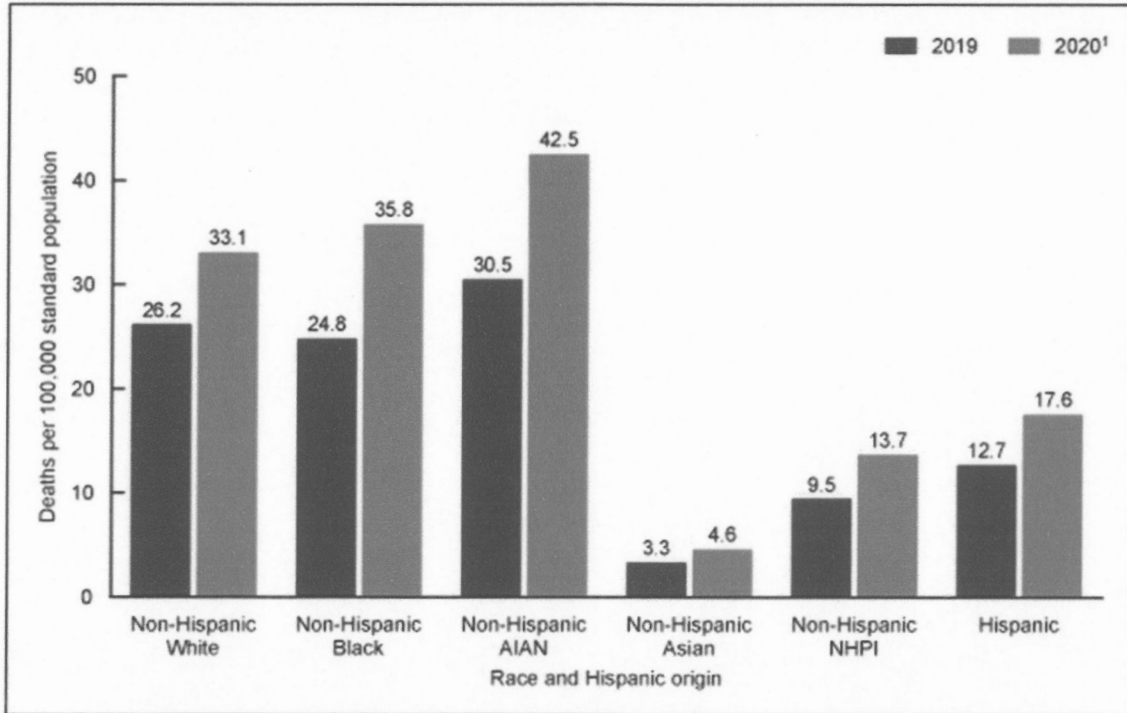
Patrick Radden Keefe¹ nous montre à quel point tout semble avoir été bon pour vendre l'OxyContin, avec des centaines de représentants lancés à l'assaut des médecins, des cadeaux et mensonges faits au régulateur pour pouvoir commercialiser son produit, et un

¹ L'empire de la douleur, Patrick Radden Keefe, éd. Belfond 2022

lobbyisme sans faille pour convaincre juges et politiques de les laisser œuvrer. Bien sûr, la crise des opioïdes n'est pas le fait du seul OxyContin, [...]. Mais les Sackler y ont joué un rôle pionnier et le rêve américain de leurs ancêtres est devenu le cauchemar de milliers de familles.

Document 4: National Center for Health statistics, December 2021

Drug overdose death rates, by race and Hispanic origin, United States 2019 and 2020



AIAN: American Indian or Alaska Native. NHPI: Native Hawaiian or Other Pacific Islander.
 SOURCE: National Center for Health Statistics, National Vital Statistics System, Mortality.

Document 5: Political editorial cartoon, Joe Heller, October 2021



LVA - ESPAGNOL

Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

- **Document 1** – Mar Centenera, “El negacionismo de la dictadura pone a prueba la solidez de la democracia argentina”, *El País*, España, 24 de marzo de 2023.
- **Document 2** – Brenda Struminger, “Victoria Villarruel planea auditar las indemnizaciones del Estado a víctimas de la dictadura si Javier Milei llega a la Casa Rosada”, *Infobae*, Argentina, 3 de septiembre de 2023.
- **Document 3** – Géraldine Muhlmann, *Pour les faits, Les belles lettres*, Paris, 20 octobre de 2023.
- **Document 4** - “No”, *Filmaffiniti*, España, 2012.
- **Document 5**- Hugo Relva y Daniel Canales, “La Ley de Amnistía de 1977, una de las asignaturas pendientes de la Ley de Memoria Democrática”, *Amnistía Internacional*, España, 15 de julio de 2022.

I - COMPRÉHENSION : RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondre dans la langue cible à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents 1 et 2 du dossier, sans commentaire personnel ni paraphrase.

Question 1 : Tomando en cuenta los documentos 1 y 2, ¿qué elementos resaltan los autores sobre el negacionismo en Argentina?

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondre dans la langue cible à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant son opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde hispanophone.

Question 2 : En su opinión ¿es posible ponerse de acuerdo sobre la memoria en los países hispanohablantes que han vivido experiencias autoritarias? Justifique con dos ejemplos diferentes a los citados en los documentos 1 y 2. Incluya en su respuesta los otros documentos del dossier.

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ESPAGNOL (THÈME)

Traduire uniquement la partie du texte indiquée en français entre crochets et soulignée [.....]

Traducir al español de “ Spontanément, ... à ... se mettre d'accord sur les faits ”

Document 1

El negacionismo de la dictadura pone a prueba la solidez de la democracia argentina

Uno de los pocos consensos construidos por la sociedad argentina en las cuatro décadas ininterrumpidas de democracia es el rechazo a la dictadura. Durante el último régimen militar, entre 1976 y 1983, “se cometieron crímenes de lesa humanidad que son imprescriptibles, que deben ser juzgados y que no pueden repetirse”, en palabras del secretario de Derechos Humanos de Argentina, Horacio Pietragalla Corti. La Justicia ha condenado a más de 1.100 personas por delitos como asesinatos, desapariciones forzadas, torturas, robos de bebés y abusos sexuales, entre otros, en un proceso considerado ejemplo mundial. Pero, visto más de cerca, Argentina tampoco escapa a los discursos negacionistas que crecen de la mano de la extrema derecha y de las redes sociales, en especial entre los más jóvenes, nacidos ya en democracia, como se ha recordado en un foro de derechos humanos en vísperas del 24 de marzo, aniversario del golpe militar.

Pese a la enorme polarización política de Argentina, ningún legislador, ni siquiera de ultraderecha, reivindica públicamente la dictadura. Tampoco es posible imaginar un programa electoral que incluya la finalización de los juicios o un indulto a los condenados como el que aprobó Carlos Menem en 1989. Hace sólo cinco años, un fallo de la Corte Suprema que beneficiaba a un represor con una reducción de condena provocó una de las manifestaciones de repudio más grandes de la historia del país y nunca llegó a aplicarse. Los negacionistas buscan resquebrajar el pacto social por aspectos más débiles, como denunciar la violencia ejercida por las guerrillas en los setenta, cuestionar la cifra de desaparecidos en dictadura, las ayudas económicas percibidas por víctimas y sus familiares o criticar puestos de trabajo vinculados a los derechos humanos.

Dentro de la Cámara de Diputados, la legisladora más afín al discurso negacionista es Victoria Villarruel, integrante del partido ultraliberal Libertad Avanza que encabeza Javier Milei. Como presidenta del Centro de Estudios Legales sobre el Terrorismo y sus Víctimas (Celtyv), Villarruel reclama lo que denomina “memoria completa”, es decir, que se tengan en cuenta también las víctimas de guerrillas como Montoneros o el Ejército Revolucionario del Pueblo (ERP), entre otros. Cuando juró su cargo como diputada, Villarruel lo hizo en nombre de “las víctimas del terrorismo”, lo que desató un debate en las fuerzas más progresistas sobre la conveniencia de presentar un proyecto contra el negacionismo del terrorismo de Estado.

La última polémica estalló a principios de mes, a raíz de la presentación del libro *La estafa con los desaparecidos*, del periodista y exmilitar carapintado José D'Angelo, en la Biblioteca del Congreso. El escritor, que había sido invitado por el diputado macrista Alberto Assef, describe entre sus páginas casos de supuestas falsas víctimas de la última dictadura y critica la falta de transparencia en el pago de las indemnizaciones concedidas por el Estado.

“¿Cómo puede ser posible que el mismo lugar donde nació el fin de las leyes de impunidad sea ahora escenario del negacionismo?”, se cuestionó en ese momento la Madre de Plaza de Mayo Taty Almeida. Ante las críticas vertidas por Almeida y otros referentes de los

derechos humanos, la presentación fue cancelada a instancias de la Cámara de Diputados porque afectaba “los valores democráticos e históricos que la sociedad argentina ha tomado como propios”.

“Ese libro miente sobre las indemnizaciones, pero hay que tener cuidado porque la gente a veces se queda con esa idea”, señala la abogada Paula Viafora en el marco de las jornadas sobre negacionismo celebradas en la antigua Escuela Superior de Mecánica de la Armada, Esma. Viafora destaca que hay que explicar mejor las leyes de reparación a las víctimas para tener argumentos contra ataques como los que recibió, días atrás, la decisión judicial de indemnizar a las hijas del dirigente guerrillero Mario Roberto Santucho, fundador del Ejército Revolucionario del Pueblo (ERP), como reparación por la detención y muerte de su padre en 1976.

(...)

Mar Centenera, *El País*, España, 24 de marzo de 2023.

Document 2

Victoria Villarruel planea auditar las indemnizaciones del Estado a víctimas de la dictadura si Javier Milei llega a la Casa Rosada

De ganar las elecciones, la compañera de fórmula de Javier Milei, Victoria Villarruel, tiene entre sus planes impulsar una auditoría sobre las indemnizaciones que paga el Estado a las víctimas de la última dictadura militar. El modo en que se aplicará la medida no está definido, pero se impulsaría desde el Ministerio de Justicia, una de las tres carteras -junto a Defensa y Seguridad- que mantendrían rango ministerial, con las cuales la abogada y titular de una ONG que reivindica a las víctimas de las organizaciones guerrilleras durante los '70, tiene previsto colaborar activamente si La Libertad Avanza (LLA) se impone en los próximos comicios y se transforma en vicepresidenta.

“Victoria no quiere ni va a ser una figura decorativa, como el resto de los vices. Va a tener un rol importante en Justicia, Defensa y Seguridad”, enfatizaron en el entorno de la diputada nacional, miembro destacado de la fuerza de Milei, que ganó las elecciones primarias y figura como favorita en las encuestas hacia las Generales. Según revelaron, uno de sus planes, en un eventual gobierno de la fuerza de derecha, es revisar en detalle las indemnizaciones y pensiones que ya fueron entregadas a víctimas del terrorismo de Estado, así como aquellos casos que se encuentran bajo análisis.

Las compensaciones económicas y pensiones están previstas por seis leyes nacionales promulgadas entre 1991 y 2013, que se aplican sobre los desaparecidos de manera forzada o fallecidos por el accionar del terrorismo de Estado; ex detenidos; nacidos o detenidos durante la privación de la libertad de sus madres, siempre que las detenciones fueran por razones políticas a disposición del Poder Ejecutivo o los tribunales militares.

El organismo encargado de su ejecución es la Dirección de Gestión de Políticas Reparatorias, que coordina con el Poder Judicial para obtener las pruebas necesarias para la acreditación de cada pedido de reparación, y que depende del Ministerio de Justicia, uno de los tres ámbitos sobre los cuales, según adelantó Milei, tendría fuerte injerencia Villarruel.

La examinación de los resarcimientos económicos es una propuesta que la abogada viene difundiendo y elaborando desde hace años, y que podría transformar en realidad si llegara al poder. En 2021, antes de obtener por primera vez una banca legislativa, explicó sus argumentos en una entrevista televisiva. “El curro de los derechos humanos sigue vigente. Consiste en una cantidad impresionante de indemnizaciones a personas detenidas, desaparecidas, que se exiliaron y a niños apropiados. Hubo víctimas de estas supuestas desapariciones que fueron indemnizadas, porque hay una ley que así lo dispone. Pero también hay personas que fueron asesinadas por los mismos montoneros, o que integraban Montoneros, sobre las cuales, para la historia oficial, el Estado es el responsable y, por lo tanto, el pueblo”, sostuvo en diálogo con la señal LN+. (...)

De actitud impertérrita ante las críticas (“El que se enoja pierde”, es su lema), Villarruel conoció a Milei vía Twitter, en 2018. Trabaja desde los inicios de su carrera en temas de “memoria completa”, como se denominan en el ámbito académico, desde el Centro de Estudios Legales sobre el Terrorismo y sus Víctimas (CELTYV), la organización no gubernamental que fundó en 2006 para “visibilizar las muertes provocadas por el accionar de organizaciones armadas argentinas durante la década del setenta” -según explica en su página web- y que subsiste por las regalías de los cuatro libros -dos de su autoría- que publicó durante los últimos 15 años (...)

Su posición ideológica genera fuerte rechazo en el resto de los partidos, que la consideran una “negacionista” de los crímenes del terrorismo de Estado. Durante los últimos meses la cuestionaron por relativizar la cifra de 30.000 desaparecidos, por propiciar visitas de jóvenes al dictador Jorge Rafael Videla durante su arresto domiciliario, según el secretario de Derechos Humanos de la Nación, el kirchnerista Horacio Pietragalla; y por figurar entre los contactos del genocida Miguel Etchecolatz, como reveló la abogada querellante en juicios de lesa humanidad, que trabajó en la causa sobre la desaparición de Jorge Julio López, Guadalupe Godoy.

En las cercanías de la diputada admiten que se entrevistó con el represor condenado por crímenes de lesa humanidad, pero agregan, como justificación, que también lo hizo con ex miembros de Montoneros, y no les dan mayor relevancia a esos encuentros. Alegan que el hecho de figurar en la agenda del ex director de Investigaciones de la policía bonaerense y mano derecha del general de brigada Ramón Camps no prueba que tuvieran una relación cercana. Y dicen que nunca participó como parte defensora de los represores en juicios de lesa humanidad, aunque sí reconocen que fue consultada, en tanto presidenta de una ONG especializada en estudios en “terrorismo y derechos humanos”, un hecho que consideran natural.

(...)

Brenda Struminger, *Infobae*, Argentina, 03 de septiembre de 2023

Document 3

Geraldine Mulhmann *Pour les faits*, Les belles lettres, 20 octobre 2023

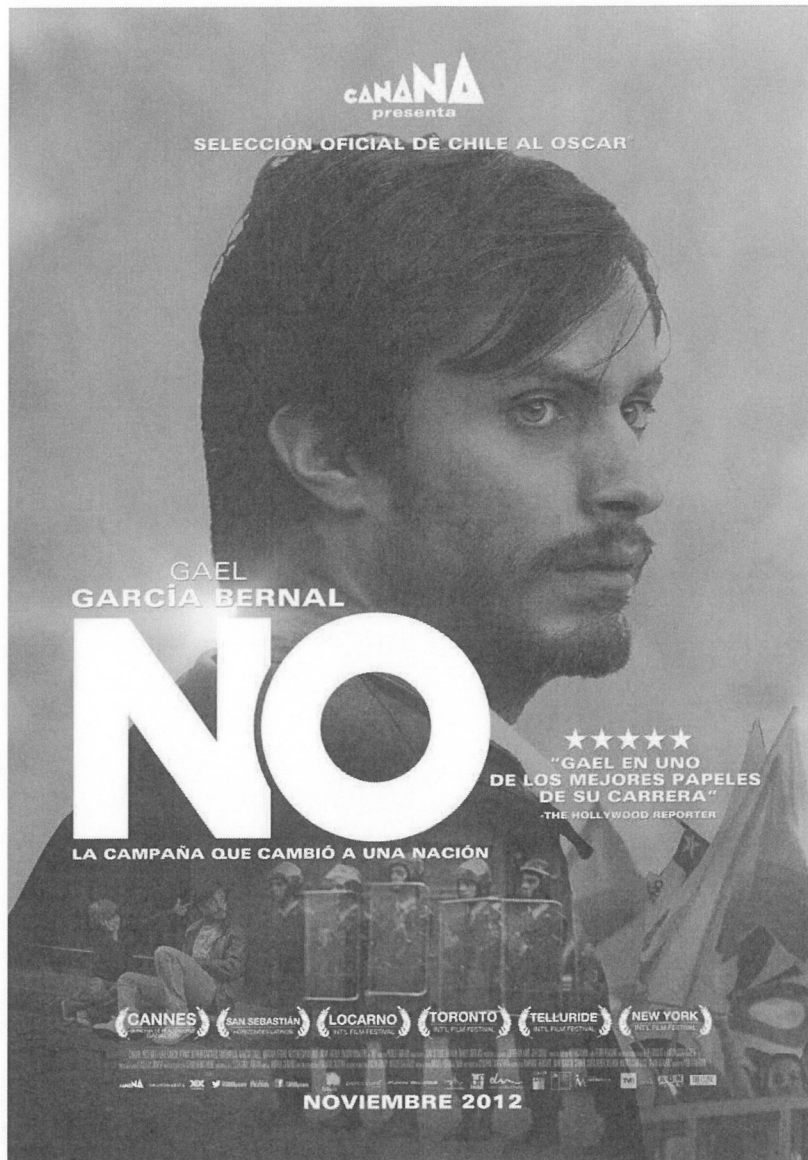
Que la curiosité, entendue ici comme le goût des faits – l’envie de les préciser, de les élargir, de les connaître toujours mieux –, soit finalement peu nourrie, à mesure que la dynamique de la conversation ne cesse de se déployer, sur ces réseaux sociaux qui avalent plusieurs heures par jour de nos existences contemporaines; que nos vies bavardes tournent autour de «faits» qui, de commentaires en échanges infinis, perdent leur force et leur précision; tout cela n’est peut-être pas si étonnant que cela. La conversation est bien sûr une activité humaine plus ancienne que les réseaux sociaux, et elle existe en dehors d’eux. Elle a d’ailleurs beaucoup de jolis côtés, qui font le sel de nos vies d’humains. Mais, pour ce qui concerne le rapport aux « faits », elle est un peu dangereuse.

[Spontanément, une conversation mélange des données factuelles et des avis, des commentaires, des interprétations. De plus, lorsque nous cherchons un rapport plutôt amical avec notre interlocuteur, nous avons tendance à passer sous silence ou à amenuiser tel aspect d’un événement ou d’une situation qui risquerait de produire des appréciations divergentes entre nous, voire de semer de la dispute. C’est au contraire lorsque l’affrontement cherche à se déployer que la conversation insiste sur ce qui, dans les « faits », divise.

C’est d’ailleurs pourquoi, dans cette dernière situation, celle d’un débat conflictuel voire belliqueux, on prend toujours le risque, à un moment donné, de ne plus être d’accord du tout sur les faits dont on parle. Chacun invoque autre chose.

Chacun accuse l’autre de déni à propos de la part de « réel » qui lui importe. Et finalement, la conversation à proprement parler s’arrête, même si parfois on fait encore du bruit : fondamentalement, on n’échange plus rien, tant la matière factuelle de référence diffère entre les interlocuteurs. Cela arrive aux tables familiales enflammées voire guerrières, comme lors de débats publics intenses. Et c’est même le propre des questions politiques les plus difficiles, les plus « tendues », que de produire cette situation où l’on n’arrive même plus à se mettre d’accord sur les faits] [...].

Document 4



Document 5



